

Nachrichten vom Landtage.

Zweihundert und acht und dreißigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, am 7. Mai 1834.

(Beschluss.)

Fortsetzung der Berathung über das Subjet des Staatsaufwandes. — J. Bauetat. (Straßenbau.)

Abg. aus dem Winkel: Obgleich ich mit der Localität nicht bekannt bin, und mich also mit dem Gegenstande nicht genau befassen kann, so muß ich doch die Kammer auf etwas aufmerksam machen. Es ist doch gewiß, daß es sehr zweckmäßig ist, eine Straße so gerade als möglich zu führen; und es ist ein Vorwurf, der früher schon bei Bauen und Anlagen unserer sächsischen Chaussees gemacht wurde, daß sie nicht in gerader Linie führten. Der Nutzen einer geraden Straße ist doppelt, einmal ist der Weg kürzer und dann sind die Kosten geringer. Wir können unter 20 bis 24,000 Thlr. eine Chausseemeile nicht bauen, und wenn wir also hier einen Umweg von 1½ Meile machen, so beträgt der Aufwand dazu 36,000 Thlr. Diese Summe muß entweder als Abgabe vom Lande mehr aufgebracht werden, oder sie würde den übrigen Theilen des Landes entzogen. Nun gestehe ich, wenn ich diesen allgemeinen Grundsatz festhalte, so finde ich eine Unbilligkeit gegen das übrige Land darin, welches auch noch mancher Chaussees bedarf, wenn wir 36,000 Thlr. mehr verwenden, als unumgänglich nothwendig ist. Ich sollte daher glauben, daß die Sache der Regierung nicht dringend anzupfehlen sei; denn diese würde sich sonst vielleicht bewogen finden und glauben, wenn die Kammer die Sache dringend empfehle, so wolle sie der Absicht derselben nachgeben.

Abg. Domsch: Ich kann mich der Ansicht des Abg. von Mayer nicht anschließen, indem Löbau außer aller Verbindung liegt.

Abg., Secr. Bergmann: Ich habe auf die Bemerkung des Abg. von Mayer und Rour nur anzuführen, daß ich zwar nichts dagegen hätte, wenn die Regierung den Plan, wie er vorgeschlagen werden will, ausführen wollte; allein nach dem, was der Herr Staatsminister erwähnte, glaube ich nicht, daß dieser Plan der zweckmäßigste sei; indem doch zu wünschen ist, daß eine neue Straße für mehrere Theile des Landes nutzbar sei. Ich muß darauf zurückkommen, wie nachtheilig es sei, wenn die Straße, wenn sie bis Neusalza fertig ist, nun auf einmal aufhörte, wo bis Ebersbach nur noch ein ganz kurzer Tract zu bauen wäre, und die Regierung dagegen eine ganz neue, weit längere Straße bauen sollte. Daß Bernstadt schlecht wegkomme, scheint mir nicht begründet zu sein. Ich glaube, es kann nichts geschehen, als die Sache der Regierung zur Erwägung anheim zu geben.

Abg. v. Mayer: Ich will nur bemerken, daß nicht allein das Interesse der Stadt Löbau in Frage ist, nein, es handelt sich um viele Dörfer, welche um Löbau liegen, und in täglichem unmittelbaren Verkehr mit Löbau stehen. Hierzu kommt noch, daß derjenige, welcher diese Chaussee bereist, wenn er ein Kaufmann oder Gewerbetreibender ist, viel lieber einen unbedeutend längeren Weg über die Städte nehmen wird, wo er Handelsgeschäfte machen kann, als den etwas kürzern durch Dörfer und unbebaute Gegenden. Endlich gebe ich zu bedenken, ob ein großer, pecuniärer Vortheil durch den projectirten Straßenzug erreicht werden wird, da unmöglich für alle Zeiten diese drei Städte so abgeschnitten bleiben können. Eine solche Verbindungsstraße muß doch gebaut werden, und es ist nur die Frage, ob man sie jetzt gleich in den Straßenbau hereinziehen will. Das war es, was ich zu bemerken hatte, und auf die Aeußerung des Abg. aus dem Winkel, daß man die Regierung gewissermaßen zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu handeln, erwiedere ich, daß ich die Regierung zu hoch stelle, als daß ich glauben könnte, sie ließe sich durch einen Wunsch der Kammer zwingen; und ich halte dafür, daß die Regierung ganz unbeschränkt in der Sache verfügen kann.

Abg. Rour: Ich habe nicht darauf angetragen, den Gegenstand der Staatsregierung zu empfehlen, sondern ich bin überhaupt bloß dagegen gewesen, die Petition so ohne Weiteres zurück zu weisen. Ich habe dafür gehalten, daß man diesen Antrag der Staatsregierung zur sorgfältigen Erörterung und Ueberlegung anheim geben möge, und in so fern bin ich mit dem Abg. Bergmann einverstanden. Durchaus kann es mir nicht in den Sinn kommen, besondere Interessen zu bevorzugen; wir sind insgesammt im Lande nicht so bekannt, daß wir ein festes Urtheil über die Verhältnisse des ganzen Landes abzugeben vermöchten; im Gegentheil vermag nur jeder darüber das beste Urtheil zu geben, wo er sich aufhält, und daher ist zweckmäßig, eine Erörterung von Seiten der Staatsregierung hier eintreten zu lassen.

Abg. Noßke und Sänckenborf: Ich würde darauf antragen, die Petition beizulegen und auf die Tagesordnung überzugehen, also die Petition weder abzuweisen, noch zu empfehlen.

Referent: Der Bericht der Deputation geht dahin, daß man auf die Petition nicht eingehen soll. Auf die Bemerkung des Abg. v. Mayer muß ich anführen, daß nicht außer Acht zu lassen sei, daß gerade die Richtung der in Frage stehenden Straße nicht bloß wegen der Kosten, sondern auch deshalb vorzuziehen ist, weil den Gegenden, durch die sie führt, wenn sie auch jetzt keinen Nutzen davon haben, doch wegen der Beschaffenheit der Lage und der Richtung der Straße selbst für die Zukunft sehr große Vortheile